

lichkeiten für Kinder zu setzen, wollen wir auch die Eltern unterstützen, die bereit sind, die Erziehungsarbeit an ihren Kindern selbst zu leisten. Deshalb treten wir für eine finanzielle Besserstellung von Familien ein, die ihnen den Spielraum lässt, in diesen Fragen selbst zu entscheiden. Nach den Vorstellungen der Deutschen Zentrumspartei sollte ein Erziehungsgehalt eingeführt werden, und zwar für den Elternteil, der sich der Kindererziehung widmet. Eine Familie mit einem Kind soll monatlich 1.000,- Euro erhalten, für jedes weitere Kind soll es 600,- Euro pro Monat geben. Das Erziehungsgehalt soll steuer- und sozialversicherungspflichtig sein - so wird auch für deren Empfänger, hauptsächlich also für Mütter, eine Rente für ihre spätere Versorgung aufgebaut.

Nach Berechnungen von Experten würden durch die Einführung des Erziehungsgehaltes schon im ersten Jahr rund 1,6 Mio. Arbeitsplätze entstehen, weil dann nicht mehr beide Elternteile - notgedrungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes für ihre Familie einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssten. Unser Modell ließe sich vor allem aus dem Wegfall von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe - insbesondere für alleinerziehende Mütter - sowie aus dem Wegfall des heutigen Kindergeldes in vollem Umfange finanzieren. Die finanzielle Grundsicherung für Familien würde ganz gewiss dazu beitragen, dass das Ja zu Kindern wieder zunimmt und die Existenz unseres Staates ohne Zuwanderung gesichert wird. Jüngste Umfragen zeigen, dass der Kinderwunsch unserer Ehepaare sehr groß ist, sie aber aus Angst vor finanziellen Nöten diesen Wunsch unerfüllt lassen.

Ein wieder stärkeres Ja zur Familie würde nach Auffassung der Deutschen Zentrumspartei gleichzeitig auch ein Nein zur Abtreibung von ungeborenem Leben bedeuten. Durch die Umsetzung unseres Modells würde sicherlich ein neues Familienbewusstsein entstehen, das wiederum alte Werte, nach denen Familien früher ihr Leben ausgerichtet haben, aufleben ließe. Deutschland braucht also vordringlich keinen Sozialabbau, sondern in erster Linie einen Moralaufbau! Die deutsche Politik braucht endlich wieder eine Partei vom Format der Deutschen Zentrumspartei: christlich - sozial - wertorientiert.

# „Da müssen wir aufpassen.“

Im Portrait: Dr. Peter Liese, MdEP

von Dr. Andreas Reimann

**Sein Name fällt spätestens dann, wenn es im Europäischen Parlament wieder einmal um die vielfältigen Facetten des Lebensschutzes geht: Dr. Peter Liese, lange Zeit jüngster deutscher Abgeordneter, hat sich seit 1994 in Brüssel und Straßburg einen Namen bei Themen gemacht, um die andere eher einen großen Bogen schlagen.**

Neben seiner Mitgliedschaft in den Ausschüssen für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie Industrie, Außenhandel, Forschung und Industrie ist er seit Anfang des Jahres 2001 außerdem Koordinator der Fraktion der Europäischen Volkspartei/Europäische Demokraten (EVP/ED, die „Christdemokraten“ im Europaparlament) im nicht-ständigen „Ausschuss für Humangenetik und die anderen neuen Technologien in der modernen Medizin“. Zusätzlich leitet er seit 1999 die Arbeitsgruppe Bioethik/Biotechnologie seiner Fraktion.

Der 39-jährige verheiratete Vater zweier Kinder kennt die Fragen des Lebensschutzes seit langem, nicht zuletzt aus seiner Praxis als Kinderarzt, der seine Doktorarbeit über ein humangenetisches Thema verfasst hat.

Dass der entschiedene Verfechter eines angemessenen Schutzniveaus für Menschen vor und nach der Geburt nicht nur Freunde hat, darf der gebürtige Sauerländer eher als Kompliment auffassen. „Peter Liese hat eine sehr restriktive Haltung, da müssen wir aufpassen“, meinte denn auch unlängst ein hier ungenannt bleibender Vertreter eines Verbandes der pharmazeutischen Industrie, angesprochen auf Lieses konsequenten Einsatz bei Themen wie der verbrauchenden Embryonenutzung und dem sogenannten „therapeutischen Klonen“.

„Größter Erfolg in den letzten fünf Jahren“

Gerade letzteres aus dem milliarden-schweren 6. EU-Rahmenforschungsprogramm (6. ERFP) herausgehalten zu haben, bezeichnet Liese denn auch als sein größtes Erfolgserlebnis in den vergangenen fünf Jahren in Brüssel. Ebenso werden keine Keimbahneingriffe mit europäischen Geldern gefördert.

Als weiteren Erfolg wertet Peter Liese, dass in der so technisch anmutenden „Richtlinie für die Sicherheit von menschlichen Zellen und Geweben“, die „Vermarktung des menschlichen Körpers“, also der Handel mit Zellen und Gewebe, ausgeschlossen werden konnte. „Da war mühsame Überzeugungsarbeit nötig, ein Erfolg, der über manche Enttäuschungen hinweghilft“.

Zu diesen zählt er die Abstimmungs-niederlage im Parlament zur verbrauchenden Embryonenforschung innerhalb des 6. ERFP. Zwar liegt das letzte Wort noch beim Ministerrat, Liese geht jedoch davon aus, dass bis zu dessen Entscheidung möglicherweise soviel Zeit vergehen wird, dass dann schon über das 7. ERFP, das im Jahr 2007 seinen Vorgänger ablösen wird, gesprochen werden wird. Bis dahin gilt eine „Übergangsregelung“ der EU-Kommission. Nach dieser ist die embryonale Stammzellnutzung ohne sogenannte „Stichtagsregelung“ mit Hilfe Europäischer Forschungsgelder möglich.

**EU-Erweiterung als Chance für mehr Lebensschutz**

Schließlich sei auch der Bericht des Europäischen Parlaments zur Liberalisierung von Abtreibungsregeln auch in den Ländern, die bislang ein hohes Schutz-

niveau aufrecht erhalten konnten, alles andere als ein Erfolg. Immerhin: Das Votum hat keinen bindenden Charakter für die Mitgliedsstaaten. Und hier ist Liese durchaus optimistisch: „Selbst ein durchaus EU-kritischer Kollege aus Polen sagte mir neulich, dass er nicht mit wesentlichen Auswirkungen europäischer Richtlinien auf die Abtreibungsgesetzgebung in seinem Land rechne“. Somit sind zumindest die Versuche, das europäische Regelwerk für eine Aufweichung des Lebensschutzes zu missbrauchen, nicht notwendig erfolgreich. Auf die Frage, ob die EU-Osterweiterung eher positive oder negative Auswirkungen für die Lebensrechtsdebatte haben werde, meint Liese, diese Frage sei noch unentschieden. Gerade weil die bioethische Debatte in den meisten Beitrittsländern sich erst noch entwickeln müsse, sei es unerlässlich eine Meinungsführerschaft anzustreben. „Es ist völlig offen, wie sich diese Länder entscheiden werden“. Sein Rat deshalb an die Lebensschützer: Schnell müssten diese nun mit Partnerorganisationen in den entsprechenden Ländern Kontakt aufnehmen, um die Zusammenhänge deutlich zu machen. Man dürfe keinesfalls der weltweiten Abtreibungslobby das Feld überlassen, die – wie im letzten Lebensforum berichtet – wohlorganisiert ist und nur darauf wartet, internationale Verträge zu ihren Gunsten zu interpretieren.

### „Der Einsatz lohnt“

Zwar ist nach wie vor systematisches Lobbying für den Lebensschutz eher eine Seltenheit, immerhin seien aber viele seiner Kollegen durch persönliche Kontakte gerade im Hinblick auf die Embryonale Stammzellnutzung sehr beeindruckt gewesen. Leider gäbe es aber immer wieder auch solche Bürger, die selbst den gut meinenden Abgeordneten durch eine überzogene Darstellung vor den Kopf stießen. Dann werden selbst solche engagierten Abgeordnete wie Peter Liese leicht zum Buhmann, weil sie sich bemühen, dem Schlimmsten Herr zu werden. „Aber eines ist klar: Der koordinierte Einsatz für

mehr und nicht weniger Lebensschutz ist besser geworden. Schreiben Sie das, denn die Leute müssen wirklich wissen, dass der Einsatz die viele Mühe lohnt!“

Schon bald nach der Wahl werden auf der europäischen Agenda wieder wichtige Fragen des Lebensrechts stehen. Schon im 2. Halbjahr wird sich das Parlament



Dr. Peter Liese, Mitglied des Europaparlaments

vermutlich mit einer Verordnung über „Tissue Engineering“, also der Produktion und dem Vertrieb von fertigen Gewebeprodukten für den Ersatz körpereigener Gewebe beschäftigen. Liese bemüht sich um Rahmenbedingungen, innerhalb derer der wissenschaftliche Fortschritt den Patienten zugänglich gemacht werden kann, ohne die Unverfügbarkeit des Menschen selbst in Frage zu stellen. Deshalb befürwortet er ausdrücklich die vorgesehene zentrale Zulassung von „Tissue Engineering“-Produkten über die Europäische Arzneimittelbehörde EMEA in London. Wichtig sei aber, die Zulassung von Produkten, die aus embryonalen Stammzellen produziert werden, zu verhindern.

Vermutlich werden auch in der nächsten Wahlperiode wieder Abtreibungsaktivisten versuchen, den Mitgliedsstaaten ein sogenanntes „Recht auf Abtreibung“ einzureden. Auch hier, so Liese, gelte es weiter wachsam zu sein. Während bei Fragen des Lebensrechts am Anfang des Menschen versucht wird, alle europäischen Register zu ziehen, zieht sich überraschenderweise die Mehrheit des Parlaments aus vorgeblicher Nichtzuständigkeit zurück, wenn es darum geht, die skandalösen Zustände in den Niederlanden am Ende des Lebens zu untersuchen.

### Europäische Volkspartei – quo vadis ?

Die von Lebensschützern oft gestellte Frage, welche Partei denn heute noch gewählt werden könne, wenn in der CDU Politiker wie Peter Hinze oder Katherina Reiche unverhohlen einer Vernutzung des Menschen vor der Geburt das Wort redeten, kann Peter Liese leicht beantworten. „Zu Recht gibt es viele Leute, die bei der Haltung der CDU/CSU zum Lebensschutz verunsichert sein müssen“. Aber, so Liese weiter: „Es ist mir ganz wichtig, dass die Menschen wissen: Die deutsche Gruppe der EVP-Fraktion steht geschlossen hinter dem Lebensschutz“. Anders als bei anderen nationalen Gruppen in seiner Fraktion, Liese nennt hier insbesondere die Briten und die Franzosen, sei es für die deutschen CDU/CSU-Europaparlamentarier völlig klar, dass seine Haltung unterstützt würde. Al-

lerdings müsse sich die EVP zukünftig schon fragen, ob sie wirklich christdemokratisch orientiert oder lediglich eine marktwirtschaftliche Partei sei. Zugespitzt werde diese Frage gerade bei der Aufnahme neuer Mitglieder.

Liese ist insbesondere bei der tschechischen ODS mehr als skeptisch. „Diese Partei predigt die reine Marktwirtschaft und ist betont anti-christlich“. Dass sie in Peter Liese auch im nächsten EU-Parlament keinen unkritischen Unterstützer hat, dürfen Lebensschützer als sicher ansehen: Seine Partei hat ihn auf Platz 4 der nordrhein-westfälischen Landesliste platziert.